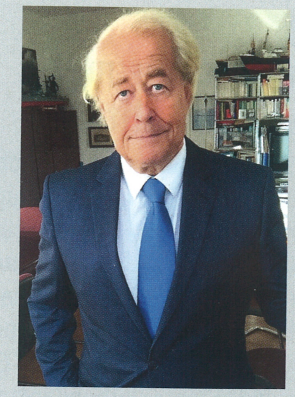
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Inhaber der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

„Zenit überschritten"

Schon Ludwig Erhard hat bekanntlich auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Prosperität und Vertrauen hingewiesen. Legt man diesen Maßstab zugrunde, so geht die Bundesrepublik schweren Zeiten entgegen. Denn: Das Vertrauen der Deutschen in die Stärke des Landes ist – laut einer neuen Allensbach-Umfrage – in nur wenigen Monaten dramatisch gefallen. Jeder zweite Bundesbürger erwartet, dass Deutschland in zehn bis 15 Jahren nicht mehr zu den führenden Wirtschaftsnationen der Welt gehören wird. Der Anteil der Bürger, die die Bundesrepublik für einen sehr guten Wirtschaftsstandort halten, ist seit 2022 von damals 71 % auf jetzt 41 % abgestürzt. Bei den Führungskräften in den Unternehmen vertreten sogar 58 % die Auffassung, dass Deutschland seinen Zenit überschritten habe. Und 76 % der Entscheider halten die Sorge für berechtigt, dass die hohen Energiekosten zu einer Deindustrialisierung führen. Der allgemeine Vertrauensschwund wird vor allem mit der Ampel-Koalition verbunden. So bezweifeln 76 % der Befragten, dass die amtierende Bundesregierung das Land überhaupt voranbringen kann. 55 % gehen davon aus, dass die Ampel-Politik den Wirtschaftsstandort eher schwäche. Entsprechend desaströs präsentieren sich die Kompetenzwerte der Parteien: Nur je 7 % trauen der SPD und der FDP zu, den Standort stärken zu können. Bei den Grünen sind es lediglich 5 %.

„Politischer Kurswechsel"

Bestätigt wird dieser Vertrauensverlust durch die aktuelle Stimmung in der Industrie, die mit hohen Energiepreisen, Bürokratie und Fachkräftemangel zu kämpfen hat. Die Konsequenz erweist sich als fatal: Einer DIHK-Befragung zufolge plant oder realisiert bereits fast ein Drittel der Industrieunternehmen die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland oder die Einschränkung der Produktion im Inland. Im Vergleich zur Vorjahresumfrage entspricht dies einer Verdoppelung. Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung Familienunternehmen und Politik einen „Pakt für Deutschland" vorgeschlagen, um den Standort wieder fit zu machen. Dabei gehe es nicht „um kleinteilige Reparaturmaßnahmen", sondern um einen „mutigen politischen Kurswechsel". Dringend notwendig sei eine Agenda zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, um die Deindustrialisierung und die Abwanderung zu stoppen. Der Zehn-Punkte-Plan umfasst die Forderung, die EU-Überregulierung zu stoppen und den Bürokratieabbau schnellstens voranzutreiben. Außerdem sollen die Unternehmenssteuern gesenkt und die steuerliche Verlustverrechnung ausgeweitet werden. Beim Klimaschutz müsse es Versorgungs- und Planungssicherheit geben. Notwendig seien darüber hinaus die Senkung der Arbeitskosten, die Verbesserung der Produktivität und die Entlastung der Verwaltung für ihre Kernaufgaben.

Keine Trendwende

Nach der Stagnation im Frühjahr ist die deutsche Wirtschaft offenbar auch im Sommer nicht in Schwung gekommen. Die Wirtschaftsleistung wird – nach Einschätzung der Bundesbank – auch im dritten Quartal unverändert bleiben. Zwar dürfe der Privatkonsum angesichts stabiler Beschäftigung und kräftiger Lohnsteigerungen bei sinkenden Inflationsraten die Konjunktur stützen. Die schwache Nachfrage aus dem Ausland solle die Industrieproduktion aber weiter belasten. Zudem dämpften die gestiegenen Zinsen die Nachfrage am Bau und nach Investitionsgütern. Die deutsche Wirtschaft bleibe kraftlos bei weiterhin hoher Inflation. Der Auftragseingang der Industrie ist im Juli – gegenüber dem Vormonat – um 11,7 % eingebrochen. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im August – zum vierten Mal in Folge – auf den niedrigsten Stand seit August 2020 gefallen. Das Institut geht für das Gesamtjahr von einer BIP-Schrumpfung um 0,4 % aus.

„Schneller, moderner, sicherer"

Mit aufgesetzt wirkender Reform-Rhetorik versucht die Bundesregierung, von ihrer Unfähigkeit, die zentralen Probleme anzupacken, abzulenken. So hat der Bundeskanzler die Opposition sowie die Länder und Kommunen zu einem „Deutschland-Pakt" zur Modernisierung des Landes eingeladen. Die Initiative soll Deutschland „schneller, moderner und sicherer" machen. Die Bürger seien den Stillstand leid. Nicht erwähnt hat Scholz die Tatsache, dass seine Partei in den vergangenen 25 Jahren 21 Jahre lang Regierungsverantwortung getragen hat. Die CDU betont: „Keines der im ‚Pakt' genannten Vorhaben ist neu. Zahlreiche der genannten Vorhaben werden bereits seit Monaten von der Bundesregierung verschleppt." Die Bundesregierung hat sich mit ihrer Ankündigung selbst unter Druck gesetzt. Sie muss jetzt konsequent handeln und liefern. Sollte sich auch der „Deutschland-Pakt" letztlich als bloße Beschwichtigungs-Rhetorik und wahltaktisches Lippenbekenntnis ohne messbare Konsequenzen erweisen, wird sie den letzten Rest an Glaubwürdigkeit und Vertrauen verspielen.

Abhängig von Stromimporten?

Nach der Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke hat Deutschland wesentlich mehr Strom importiert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sind im zweiten Quartal 7,1 Mrd. Kilowattstunden mehr eingeführt als exportiert worden. Dieses Volumen entsprach fast exakt der Strommenge der letzten noch produzierenden AKW in diesem Zeitraum. Zur Einordnung: Es war der höchste Importüberschuss in einem Quartal seit Beginn dieser Statistik im Jahr 1991. Bis zur AKW-Abschaltung am 15. April 2023 hatte es stets einen deutlichen Exportüberschuss gegeben. Der größte Teil der Stromimporte stammte im ersten Halbjahr 2023 aus den Niederlanden und Frankreich.